

N^o 132.

Landtags-Verhandlungen

des

Fürstenthums Lippe.

Hierbei die Anl. 121, 122, 123.

142.

Geschehen Detmold am Landtage, Montag den 25. Februar 1850.
Morgens 11 Uhr

Gegenwärtig sämtliche Abgeordnete außer Tenge; aus Fürstlicher Regierung Herr Regierungsrath Heldman und Herr Regierungsrath Meyer.

Inhalt: Antrag des Abg. Althof: Aufhebung des Pfarrzwangs zwischen Reformirten, Lutheranern und Katholiken betreffend, in Anlage 122. — Bericht der sog. Schützcommission in Anlage 121. — Bericht der Hudeablösungscommission über eine Petition aus Alverdissen in Anl. 123. — Abstimmungen über den Hausmann'schen Antrag, das Colonatsrecht betreffend. — Wiederholte Abstimmung über die proponirte Gehaltszulage der Majore und Genehmigung des Militäretats. — Bericht der Petitionscommission über verschiedene Petitionen. — Fortsetzung der Verathung des Berichts über den Gymnasialetat und Genehmigung des Etats. — Verathung und Genehmigung des Berichts über den Zuchthausetat.

Das Protocoll aus der vorigen Sitzung wurde vorgelesen und nach einigen sofort erledigten Erinnerungen des Herrn Regierungsrath Meyer und des Abg. Leizmann genehmigt.

Hierauf verlas der Abg. Althof den in Anl. 122 zu diesem Protocoll verzeichneten selbstständigen Antrag. Der Abg. Schütz schlug hierauf vor, daß der ausführliche Bericht der Schützcommission nicht erst vorgelesen, sondern sofort zum Druck befördert werde, welches die Versammlung genehmigte. Anl. 121.

Abg. Petri II. verlas hierauf den in Anl. 123 verzeichneten Bericht der Hudeablösungscommission, worauf die in der gestrigen Sitzung zweifelhaft gebliebene Abstimmung über den Althof'schen Antrag, das Colonatsrecht betreffend, wieder vorgenommen wurde. Bei abermaliger Gleichheit der Stimmen galt der Antrag für abgelehnt. Dafür stimmten die Abg.

König, Stückmann, Klocke, v. Stietencron, Petri II., Wesel, Schütz,
Petri

Petri I., Althof, v. Göln, Böhmer, Oberbracht. Die übrigen Abgeordneten, außer dem abwesenden Tenge stimmten dagegen.

Hiernächst kam der Schierenberg'sche Antrag in derselben Angelegenheit zur namentlichen Abstimmung, und auch dieser Antrag wurde mit 2 gegen 22 Stimmen abgelehnt, indem bei des Abg. Tenge Abwesenheit nur die Abg. Schierenberg und Böhmer dafür, die Uebrigen aber dagegen stimmten.

Der Hausmann'sche Hauptantrag wurde hierauf per majora verworfen, dagegen der eventuelle Antrag, nachdem sofort nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Petri I. ein Antrag auf Schluß der Debatte darüber genehmigt war, mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Abg. Schierenberg, Meyer, Hausmann, Kulemann, Bunte, Hagemeister, Hagemann, Schütz, Echterling, Leizmann, Tappe, Böhmer, Bornemeyer, Hildebrand. — Die übrigen Abg. außer dem abwesenden Tenge stimmten dagegen.

Der Abg. Petri II. behielt sich vor, eine Separaterklärung über seine Abstimmung zu Protocoll zu geben, da er bei dem sofort angenommenen Schluß der Debatte seine Motive nicht habe aussprechen können.

Hiernächst wurde die in voriger Sitzung zweifelhaft gebliebene Abstimmung über den v. Stietencron'schen Antrag, betreffs der Gehaltszulage der Majore wiederholt und mit 10 gegen 14 Stimm abgelehnt.

Dafür stimmten nur die Abg. Schierenberg, König, Meyer, v. Stietencron, Wesel, Schütz, Petri I., Althof, v. Göln und Böhmer; der Abg. Tenge fehlte, die übrigen Abg. stimmten gegen den Antrag.

Desgleichen wurde der eventuelle Antrag des Abg. Meyer auf eine Zulage für den Major Großkopf allein mit 3 gegen 21 Stimmen abgelehnt, indem von sämtlichen Abg., von denen nur Tenge fehlte, nur die Abg. Schierenberg, Meyer und Böhmer dafür stimmten.

Der von dem Abg. Böhmer hierauf zurückgenommene Antrag betreffs des eventuellen Wegfalls der Fouragevergütung wurde ebenfalls und zwar mit 7 gegen 17 Stimmen abgelehnt, indem nur die Abg. Meyer, Hagemann, Hagemeister, Wesel, Echterling, Tappe, Oberbracht dafür, die übrigen Abg. außer dem abwesenden Tenge aber dagegen stimmten. —

Der Abg. Hildebrand übergab zu seiner betreffenden Abstimmung folgende Separaterklärung zu Protocoll:

Da Regierungsseitig erklärt ist, eine Zulage für den jüngern, mit Uebergehung des ältern Majors sei schlechterdings unannehmbar, so habe ich mit Nein stimmen müssen.

Der ganze Militäretat wurde hierauf per majora genehmigt.

Der Abg. Althof erstattete sodann den Bericht der Petitionskommission über mehrere Petitionen. Die Petition der Einwohner von Billerbeck betreffs der Eidesleistung wurde auf den Vorschlag des Berichterstatters einfach zu den

den Acten genommen, desgleichen die Mißtrauensadresse gegen den Abg. Stückmann, zu welcher der genannte Abgeordnete sich geeigneten Falls eine besondere Erklärung vorbehielt.

Der Berichterstatter berichtete ferner über eine Petition der Vorsteher des Amts Blomberg, die Holzpreise betreffend, welche von der Majorität der Commission der Finanzcommission überwiesen werden sollte, von einer Minorität aber der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen wurde.

Der Abg. Böhmer stellte dazu den Antrag:

Die Petition werde bis zur Berathung des Meyer'schen Antrags betreffs der Bückeburger Domänen im Amte Blomberg zurückgelegt und dann mit zur Berathung gestellt.

Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abg. Böhmer, Meyer und Althof theilnahmen, wurde dieser Antrag angenommen.

Hiernächst wurde die Berathung des Berichts über den Gymnasialetat (Anl. 117) fortgesetzt.

Es handelte sich zunächst um den von der Commission vorgeschlagenen jährlichen Zuschuß von 150 Rthl. für das Lemgoer Gymnasium (S. 5 der Anl. 117) und um den schon gestern angebrachten Antrag des Abg. Kulemann eine Gehaltszulage von 100 Rthl. für den Lehrer Nentsch in Lemgo betreffend.

Der Abg. Böhmer sprach sich gegen jede Zulage aus, bevor das ganze Gymnasialwesen in Lemgo gründlich reformirt sei.

Abg. Reizmann hielt eine Reorganisation des Lemgoer Schulwesens ebenfalls für sehr nothwendig, unterstützte aber den Kulemannschen Antrag, weil es der Billigkeit und Gerechtigkeit gemäß sei, dem Lehrer Nentsch, welcher seit 5 Jahren mit einem Gehalte von 200 Rthl. angestellt gewesen sei und Tüchtiges geleistet habe, die beantragte Zulage zu gewähren.

Der Redner theilte mehre Einzelheiten über die Lemgoer Gymnasialverhältnisse, die er aus eigener langjähriger Anschauung kenne, zur Unterstützung des Antrags mit.

Herr Regierungsrath Meyer erklärte sich mit den Commissionenvorschlägen namentlich deshalb einverstanden, weil auf solche Weise am besten Controle darüber geführt werden könne, daß die bewilligten Summen vom Magistrat zu Lemgo auch etatmäßig verwandt würden.

Abg. Bunte erklärte, auch er würde der Regierung gern Alles überlassen, wenn er nicht zufällig einen Bericht des Magistrats zu Lemgo gelesen hätte, worin die nach seiner Ansicht nicht grade tüchtigsten Lehrer empfohlen seien, während der verdienstvolle Director Brandes und der Lehrer Nentsch kaum darin erwähnt sei. Der Redner knüpfte hieran mit besonderer

Hervor-

Hervorhebung der Verhältnisse und der Leistungen des Lehrers Rentsch eine dringende Empfehlung des Kulemann'schen Antrags.

Der Herr Regierungsrath Meyer erwiederte darauf, daß die Regierung jedenfalls unbeirrt durch die etwaigen Liebhabereien des Lemgoer Magistrats über die zu bewilligende Summe ganz unbefangen verfügen werde.

Abg. Kulemann bezog sich im Allgemeinen auf die Ausführungen der Abg. Leizmann und Bunte und bemerkte nur noch zur Empfehlung seines Antrags, daß der Lehrer der 4ten Classe in Lemgo 500 Rthl. beziehe, während Rentsch als Lehrer der 5ten Classe nur 200 Rthl. bekomme.

Abg. Echterling gegen Kulemann und gegen die Commission; es dürfe nichts bewilligt werden, bevor der Magistrat unter Controle gestellt sei.

Abg. Kulemann machte darauf aufmerksam, daß Letzteres grade von der Commission beantragt werde.

Der Abg. Schütz übergab sodann folgenden Antrag:

Es werden Fürstl. Regierung zur Vertheilung unter die Lehrer Rentsch, Busse und Berger 200 Rthl. zur Disposition gestellt.

Der Abg. Kulemann stellte den eventuellen Antrag:

Der Lehrer Rentsch erhält 100 Rthl. Zulage, so lange die Pension des Lehrers Nieländer dauert.

Der Abg. Bornemeyer brachte folgenden Antrag ein:

Fürstl. Regierung werde ersucht, dem Magistrate in Lemgo aufzugeben, die für den Lehrer der 6ten Classe ausgeworfenen 180 Rthl. zur Gehaltsverbesserung des Lehrers Rentsch und sonst zweckmäßig für das Gymnasium in Lemgo zu verwenden.

Endlich stellte noch der Abg. Schierenberg den Antrag,

daß die fraglichen 150 Rthl. nur provisorisch für 1850 bewilligt würden, damit diese Angelegenheit auf nächstem Landtage definitiv geregelt werde.

Nach angenommenem Schluß der Debatte, nahm noch der Abg. Petri I. als Berichterstatter das Wort zur Vertheidigung des Commissionserachtens, indem er namentlich darauf aufmerksam machte, daß sich der Landtag um so weniger durch die über Lemgo von einzelnen Abg. gegebenen Specialia beirren lassen dürfe, da der Commission nicht einmal die Acten über die Lemgoer Schule vorgelegen haben, officiële Mittheilungen also gar nicht gemacht werden könnten.

Nach kurzer Debatte über die Fragestellung wurde folgende Reihenfolge der Anträge für die Abstimmung angenommen.

1) Der Antrag des Abg. Schütz;

2) der erste Theil des Commissionseintrags, betreffs der Bewilligung von 150 Rthl.;

3) der

3) der zweite Theil des Antrags, betreffs der Verwendung dieser Summe.

Es wurde dabei bemerkt, daß hiermit auch die von der Commission vorgeschlagenen Bedingungen der Bewilligung angenommen sein würden.

4) Der Schierenberg'sche Antrag;

5) eventuell der Kulemann'sche Hauptantrag, so wie

6) dessen eventueller Antrag;

7) der Bornemeyer'sche Antrag.

Bei der folgenden namentlichen Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Schütz mit 7 gegen 17 Stimmen abgelehnt, indem nur die Abg.:

Meyer, Kulemann, Petri II., Wesel, Schütz, Leizmann, Tappe dafür; die übrigen Abg. außer dem abwesenden Tenge aber dagegen stimmten.

Der Antrag der Commission in seiner ersten Hälfte wurde mit 16 gegen 8 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten nur die Abg.:

Hausmann, Hagemeister, Hagemann, Echterling, Böhmer, Oberbracht, Bornemeyer, Hildebrand. — Der Abg. Tenge fehlte, die übrigen Abg. stimmten dafür.

Der zweite Theil des Commissionsantrags wurde darnach p. maj. angenommen, ebenso der Schierenberg'sche Antrag nach kurzer Debatte über die Zulässigkeit desselben. Die Kulemann'schen Anträge waren weggefallen, der Bornemeyer'sche Antrag wurde abgelehnt.

Hiernach wurde der schon gestern eingebrachte Antrag des Abg. Kulemann betreffs der Oeffentlichkeit der Prüfungen am Gymnasium zu Lemgo nach kurzer Debatte p. maj. genehmigt. Der zweite Antrag des Abg. Kulemann betreffs der Realschule wurde dem gestrigen Beschlusse gemäß als ein selbstständiger für eine andere Tagesordnung bestimmt.

Sodann wurde der ganze Etat p. maj. genehmigt.

Hiernach kam der Commissionsbericht über den Zuchthausetat zur Berathung. —

Die unter Nr. 1 und 2 von der Commission gestellten Anträge wurden ohne Debatte genehmigt, desgl. die unter Nr. 3 gestellten Anträge nach einer kurzen, durch den Widerspruch des Abg. Althof gegen den Commissionsbericht hervorgerufenen Debatte, worin hervorgehoben wurde, daß die geforderte Summe von 1500 Rthl. nur approximativ berechnet sei.

Auch die Anträge sub 4 und 6 wurden genehmigt, ebenfalls der Antrag unter Nr. 7, gegen welchen sich der Abg. Klocke erklärt und dadurch eine kurze Debatte veranlaßt hatte, an welcher sich im Sinne des Commissionsberichts die Abg. v. Stietencron und Böhmer betheiligten.

Zu dem Antrage sub Nr. 8 wurde vom Abg. v. Stietencron bemerkt,
daß

daß über den Gegenstand dieses Antrags kein Beschluß mehr gefaßt werden könne, weil schon ein früherer genehmigender Beschluß des Landtags vorliege. —

Die Angabe bestätigte sich als richtig, indem der Herr Regierungsrath Meyer aus dem betreffenden früheren Protocolle den Beschluß vorlas. — In der Debatte darüber, ob hiernach noch ein Beschluß zulässig sei, wurde namentlich hervorgehoben, daß es sich jetzt um das „Wann“ der Ausführung der früheren Bewilligung handle und wurde der Commissionsantrag, nachdem dessen Zulässigkeit per majora genehmigt war, angenommen.

Auch der sub Nr. 9 gestellte Antrag wurde genehmigt, nachdem ein vom Abg. Leizmann eingebrachter Antrag, daß es statt 40 Rthl. heißen möge 50 Rthl. abgelehnt war.

Zu Nr. 10 bemerkte der Abg. Echterling, daß ihm die Rechnung des Baumeisters viel zu hoch erscheine, da derselbe doch nur die Generalaufsicht über den Bau gehabt. —

In der folgenden Debatte äußerte der Abg. Hagemeister den Wunsch, daß in künftigen ähnlichen Fällen vom Baumeister jährlich eine Rechnung überreicht werden möge, was hier nicht geschehen sei. —

Es erfolgte darauf eine zustimmende Aeußerung des Herrn Regierungsrath Meyer. — Nachdem sich an der Debatte noch die Abg. Petri I., v. Stietencron und Bunte, jedoch nicht im Sinne des Abg. Echterling, theiligt hatten, wurde der Commissionsantrag angenommen.

Zu Nr. 11 bemerkte der Berichterstatter Petri I., daß die Commission auf den in einer durch Fräul. Mannes hieselbst überreichten Petition des hiesigen Frauenvereins gestellten Antrag,

daß dem Frauenverein die Ueberlassung des Strafwerkhause unter Vorbehalt des Eigenthums bewilligt werden möge, nicht eingehen zu können geglaubt habe.

Der Abg. v. Stietencron erwähnte noch, daß es im Commissionsantrage heißen müsse: den öffentlichen Verkauf, — worauf dieser Antrag und darauf der ganze Bericht über den Zuchthausetat per majora genehmigt wurde.

Die Tagesordnung für die morgende Sitzung, wurde wie folgt festgesetzt:

- 1) Bericht der Finanzcommission über die ihr zugewiesenen Petitionen;
- 2) Bericht der Dotalcommission und Berathung desselben;

3) Be-

- 3) Bericht der Werkhäuscommission und ebenfalls Berathung desselben;
- 4) Antrag des Abg. Meyer Anal. 116 und die Petition der Vorsteher im Amte Blomberg;
- 5) 2te Lesung des Medicinalcassenetats.

Anfang der morgenden Sitzung um 10 Uhr, Schluß der heutigen Sitzung um 1³/₄ Uhr.

Vorgelesen und genehmigt.

v. Cölln.

Hildebrand.

Bette.

Die ... der ...
... der ...
... der ...
... der ...
... der ...

...
...
...
...

Anlage 121 zum Protocoll vom 25. Februar 1850.

B e r i c h t
der, zur Prüfung des Antrags „—die Verbesserung der
Lage der Einlieger—“ betreffend, niedergesetzten
Commission (Schütz-Commission),
erstattet

von dem aus den Abgeordneten

v. Colln, Vorsitzenden,

Meyer,

Tenge,

Stuckmann,

Petri I.,

Althof,

Petri II.,

Oberbracht,

Schütz, Berichterstatter,

bestehenden Ausschusse.

In Folge des am 22. Juni v. J. vom Abgeordneten J. Schütz eingereichten Antrags „—die Verbesserung der Lage der Einlieger und die Niedersehung einer Commission dieserhalb betreffend—“ hat der Landtag in der Sitzung vom 26. Juni v. J. einen aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschuss erwählt, und mit Prüfung des angeregten Gegenstandes beauftragt. — Da in den Vorschlägen, welche in dem Antrage als Mittel zur Erreichung der Absicht bezeichnet worden sind, auch die Aufhebung des Schulgeldes vorkommt, so ist auch ein vom Abgeordneten Hausmann unterm 23. Juni v. J. eingebrachter Antrag, wonach der Landtag beschließen möge:

„daß das Schulgeld für den Unterricht in den Volks- und niedern Gewerbschulen von jetzt an nicht ferner erhoben und bis auf Weiteres auf die Landkasse übernommen werde,“

durch Beschluß des Landtags vom 25. Juni v. J. an die Schütz-Commission überwiesen worden. —

Mit der Prüfung dieses Antrags, welcher sowohl einestheils ein wesentliches Mittel zur Erleichterung des Einliegerstandes darbot, andernteils in Gemäßheit der Grundrechte des deutschen Volks ein Erforderniß geworden war, hat sich die Commission zunächst beschäftigt, nachdem ihr die Petitionen der Volksversammlung zu Brake und des Volksvereins zu Detmold, worin die Aufhebung des Schulgeldes beantragt worden, zugewiesen waren.

Es hat dieser Gegenstand in Folge eines am 30. Juli v. J. vor den Landtag gebrachten, von einer Minorität der Commission gestellten, und von einem besondern Berichte begleiteten Antrags, durch den Beschluß des Landtags in der Sitzung vom 31. Juli v. J. die erwünschte Erledigung gefunden.

Die an den Landtag gelangten, und von diesem der Schütz-Commission überwiesenen Petitionen in Betreff Betheiligung der Einlieger und Neuwohner an den Gemeinden, als

- 1) der Volksversammlung zu Brake vom 8. Juli v. J.,
- 2) der Neuwohner zu Billerbeck Amts Schieder vom 23. Juli v. J.,
- 3) der Neuwohner zu Verlebeck, Amts Detmold, vom 23. Juli v. J.,
- 4) der Einlieger in Hörste, Amts Lage vom 4. Oct. v. J.,
- 5) der Einlieger in Schlangen Amts Horn, vom 13. Oct. v. J.,

sind sowohl in der Commission, als von verschiedenen Mitgliedern derselben, am Landtage selbst, bei Gelegenheit der Verathung des Gesetzes über Ablösung der Hufeservituten und Theilung der Gemeinden, zur Erwägung gezogen. Wenngleich nun auch der Landtag sowohl bei erster als zweiter Lesung des gedachten Gesetzes, sich für eine Mitbetheiligung der Einlieger an den noch ungetheilten Gemeinden im §. 20 ausgesprochen hat, so ist jedoch von Fürstlicher Regierung Anstand genommen, gerade wegen dieses Umstandes die Sanction des ganzen Gesetzes zu befürworten, und der Entwurf, soweit er die Theilung der Gemeinden behandelt, wieder zurückgezogen. —

Im Weitern sind der Schütz-Commission zur Berücksichtigung zugewiesen:

- 1) ein Antrag des Abgeordneten Stückmann vom 28. Juni v. J., Ueberlassung von Grundstücken der Meierei Varenholz an die Bewohner von Stennen, Erder und Varenholz.

2) Petition vom 2. Juli v. J. von 17 Einwohnern zu Bavenhausen, pachtweise Ueberlassung von Grundstücken der Meierei Breda.

3) Petition vom 3. Juli v. J. von 36 Colonen und Einliegern zu Matorf, Leimkuhle und Bredaer Bruch, den nämlichen Gegenstand betreffend.

4) Petition vom 11. Juli v. J. der Einlieger zu Langenholzhausen, pachtweise Ueberlassung von Grundstücken der Meierei Barenholz.

5) Petition vom 16. Juli v. J. von 6 Eingefessenen zu Schwelentrup, pachtweise Ueberlassung einer zur Meierei Göttrup gehörigen Wiese.

6) Petition vom 16. Juli v. J. Seitens 42 der kleinern Colonen und Einlieger zu Talle, Ueberlassung einiger Pertinentien der Meierei Breda, zur Hude.

7) Vorstellung vom 18. Juli v. J. der kleinern Stättebesitzer und Einlieger zu Stammen, pachtweise Ueberlassung der zur Meierei Barenholz gehörigen Grundstücke betreffend.

8) Petition der kleinern Stättebesitzer zu Langenholzhausen, vom 18. Juli v. J., pachtweise Ueberlassung einer zur Meierei Barenholz gehörigen Wiese betreffend.

9) Petition der Neuwohner zu Breitenheide vom 19. Juli 1849, pachtweise Ueberlassung von Gartenland aus dem Heysundern betreffend.

10) Vorstellung der Gemeinde Sonneborn vom 2. Aug. v. J., pachtweise Ueberlassung von 236 Scheffelsaat zur Meierei Bartrup gehöriger Grundstücke. (Diese Petition enthält auch Anträge,

a) wegen Befreiung von Bezahlung des Chauffeegeldes bei Ableistung der Spanndienste.

b) Das Mahlen in der Mühle zu Griesen im Hannöverschen betreffend,

c) das Herbeiholen von Laub aus herrschaftlichen und adeligen Forsten, welche Gegenstand besonderer Verhandlung am Landtage gewesen sind).

11) Petition von 79 Neuwohnern und Einliegern zu Brakelsiek vom 6. August v. J., Ueberlassung von Land von der Meierei Schieder betreffend.

12) Petition von 28 Neuwohnern und Einliegern zu Wörderfeld, vom 8. Aug. v. J., Ausweisung von Gärten auf herrschaftlichem Forstgrunde betreffend.

13) Petition von 4 Eingefessenen zu Heidelbeck vom 8. Aug. v. J., die Einzelverpachtung des Guts Heidelbeck betreffend.

14) Petition verschiedener Eingefessenen zu Kriegerheide vom 6. Oct. v. J., Ueberlassung von Grundstücken der Güter Berten und Stukenbrok.

15) Petition von Eingefessenen zu Schöbimar vom 8. Oct. v. J., pachtweise Ueberlassung von Grundstücken der Meierei Heerse zur Cammer-Taxe.

16) Petition kleiner Stättebesitzer und Einlieger zu Sabbenhausen, vom 10. Novbr. v. J. um Ausweisung von Gartenland aus dem s. g. Alten-Gehege. —

Ueber den Inhalt eines Theils vorstehend bezeichneter Petitionen ist dem Landtage in der Sitzung vom 13. Aug. v. J. bereits Bericht erstattet und unter Darlegung der Gründe von der Commission beantragt, gedachte Petitionen mit geeigneter Vorstellung an Fürstliche Regierung gelangen zu lassen. Da der Landtag diesem Vorschlage beigetreten ist, so würden auch die übrigen in Betreff Ueberlassung von Meierei-Grundstücken eingereichten Petitionen um so mehr Fürstlicher Regierung zur geeigneten Berücksichtigung zu überreichen sein, als dem Landtage wegen nicht erreichter Trennung des Staatshaushalts vom Domanal-Haushalte, anderweite Mittel zur Erfüllung der Wünsche der Petenten nicht zu Gebote stehen. —

Bemerkt wird hier, daß in der bereits angeführten Petition der Volksversammlung zu Brake, auch ein Antrag zur Aufhebung der Stollgebühren gestellt ist, sowie daß die gleichfalls schon berührte Vorstellung der Einlieger zu Hörste,

- a) den hohen Preis des Brenn-Materials,
 - b) die hohe Miete für Wohnung und Ländereien,
 - c) die unbeschränkte Kündigung der Miete;
 - d) die Nicht-Betheiligung der Einlieger bei der Vorsteher-Wahl,
- zum Gegenstande der Beschwerde und Bitte um Abhülfe gemacht hat. —

In der Commission sind im Weiteren diejenigen Vorschläge in Erwägung gezogen, welche in dem Antrage des Abgeordneten Schütz vom 22. Juli v. J. — worauf hiermit Bezug genommen wird, als diejenigen bezeichnet sind, welche zur Verbesserung der Lage der Einlieger beizutragen im Stande sein mögen. In Folge der stattgehabten Erörterung und mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Verhältnisse der Einlieger nicht in allen Landestheilen die nämlichen sind, also auch die Mittel sowohl, um dem Einliegerstande Hülfe zu gewähren, als auch dem fernern Verfall desselben vorzubeugen, verschieden sein müssen, vereinigte sich der Ausschuss dahin, daß es angemessen sei, die zur Sprache gebrachten Vorschläge zusammenzustellen, und Fürstlicher Regierung mit dem Gesuche vorzulegen, über deren Inhalt die gutachtlichen Berichte der Amtsgemeinderäthe und Aemter des Landes einholen zu wollen; womit der Landtag in der Sitzung vom 13. Aug. v. J., sich einverstanden erklärt hat. —

Die

Die folgenden von dem Ausschusse zur Begutachtung verstellten Fragen, und Erwägungspuncte, sind darauf den Aemtern abschriftlich zugestellt:

P. M.

Die Verbesserung der Lage der Einlieger betr.

Will der Landtag sich mit Erfolg mit Lösung der Frage: ob und wie in den Verhältnissen der Einlieger eine Verbesserung eintreten, und dem fernern Verfall der Lage derselben vorgebeugt werden könne, beschäftigen, so bedarf die des Endes niedergesetzte Commission, aus den verschiedenen Aemtern des Landes sowohl eine Uebersicht des in jener Beziehung dormalen bestehenden Sach-Verhältnisses, als auch eines gutachtlichen Berichts der resp. Gemeinderäthe darüber, welche Mittel von denselben zur Erreichung der Absicht für zweckdienlich erachtet werden. —

Um hierzu Veranlassung zu geben, sind nach Ansicht der Commission, nachfolgende Punkte in Erwägung zu ziehen und resp. zu beantworten.

1) wie groß ist zur Zeit die Anzahl der Einlieger-Familien in den einzelnen Aemtern:

2) in welchen Vermögens-Verhältnissen stehen solche dormalen; namentlich wie viele derselben erhalten Unterstützungen aus Armenmitteln, und wodurch gewinnen sie namentlich ihren Lebensunterhalt.

3) welche Mittel erscheinen geeignet, dem Einliegerstande zur Hülfe zu kommen. —

In dieser letzten Beziehung kam in der Commission zur Sprache, daß vielleicht folgende Mittel der Abhülfe zur Begutachtung verstellt werden können:

a) sind die Stollgebühren, namentlich für Tauf und Begräbniß für den Einlieger drückend, erscheint also die Aufhebung derselben und Uebernahme auf Staatskassen wünschenswerth, oder welche Bedenken stehen entgegen. —

b) Ist die Entrichtung des s. g. Einliegergeldes zu der Amtsgemeinde-Kasse, mit Rücksicht auf den Umstand, daß solches in einigen Aemtern, z. B. Schieder gar nicht mehr erhoben wird, und bei der Erhebung sehr leicht Unregelmäßigkeiten in Ansehung der Frage entstehen, welche Einlieger als arm anzusehen sind, also auf den Hebelisten gestrichen werden müssen, — nunmehr überall aufzugeben und entsteht auch hierdurch eine Erleichterung.

c) Ist die Landgemeinde-Ordnung insofern mangelhaft und indirect Ursache der gedrückten Lage sehr vieler Einlieger-Familien, als der danach erforderliche Vermögens-Nachweis zur Verheirathung, zu leicht umgangen, und daß darauf zu wenig Rücksicht genommen wird, ob der Einlieger eine entsprechende Wohnung nebst den nothdürftig erforderlichen Gartenlande in Miethe erhalten hat.

d) Kommt in Frage, ob den Einliegern oder einem Theil derselben damit

mit gedient ist, wenn der Salzhandel, denjenigen Kaufleuten freigegeben wird, die sich damit befassen wollen; sowohl damit es nicht nöthig ist zum Ankauf einer oft geringen Quantität Salz weite Wege zu machen, als auch um wie früher Gelegenheit zu haben, das Salz gegen Garn, Eier, Butter u. eintauschen zu können. —

e) Die Errichtung von Unterstützungskassen, zu deren Fundation aus Staatsmitteln je nach Bedürfnis ein Capital hergeschossen wird, mögte für die Gewerbetreibenden und diejenigen Einlieger, welche ohne eigenes Verschulden plötzlich von Unglücksfällen, als z. B. Viehsterben, gänzlichen Mißwachs beim Flachsban, heimgesucht werden, — wenn sie daraus ein zinsloses Darlehn erhalten können, von sehr großem Nutzen sein: — indem sie beim Mangel an sonstigem Credit durch derartige plötzliche Verluste, so lange Zeit, oft für immer ruinirt werden können. —

f) Einen Grund baldiger Verarmung legt sehr häufig eine zu dürftig eingerichtete, baufällige Miethswohnung, in welcher namentlich Kellerraum fehlt; die im Winter nicht ausreichenden Schutz gewährt; die Familie in Krankheiten stürzt, die Ausgaben für Brennmaterial vermehrt und Kosten für häufige Reparaturen verursacht; — zu der ferner entweder zu wenig, oder schlechtes und entfernt gelegenes Gartenland gegeben wird. — Es wäre also eine Untersuchung nöthig, ob sich derartige Locale und Grundstücke zur Vermiethung eignen. —

g) In verschiedenen Theilen des Landes bestehen neben den Schulen auch Unterweisung in weiblichen Handarbeiten, im Nähen, Flickern, Stricken u. c. (— Industrieschulen —) deren weitere Verbreitung sehr wünschenswerth erscheint, und welche mit einem Zuschusse von etwa 15 bis 20 Rthl., und Verabreichung von Brennmaterial, vom Staate zu dotiren wären.

h) Es fragt sich, ob eine drückende Ausgabe, die für Brennmaterial, besonders Holz, dem Einlieger nicht durch Einführung des Kohlenbrandes bei Anlegung von Schornsteinen, — ferner Errichtung von Gemeinde-Backöfen, erheblich vermindert werden kann.

i) Es entstehen in Bezug auf Miethskündigung und namentlich beim Abzuge, z. B. über Meliorations-Ansprüche, nur zu häufig Rechtsstreite, und dadurch drückende Proceßkosten. In Frage kommt, ob beide nicht durch schieds- oder friedensgerichtliche Entscheidungen, von Commissionen die in den einzelnen Bauerschaften zum Theil aus Colonatsbesitzern, zum Theil aus Einliegern gebildet werden, — abgeschnitten werden können. —

k) Es besteht zwar in Detmold eine Sparkasse, jedoch fragt es sich, ob solche nicht auch in den einzelnen Aemtern gebildet werden, um namentlich der dienenden Klasse leichter Gelegenheit zu verschaffen, den Lieblohn so-
fort

fort sicher zu stellen und auf diese Weise bis zur Verheirathung ein kleines Capital zu erwerben. Zu häufig verliert der Dienstbote den Lohnbetrag, indem er ihn an Personen verleiht, von denen später nichts wieder zu erhalten ist. —

l) Ob es wünschenswerth ist, daß im Lande eine unter Controle der Regierung stehende Haupt-Agentur: für Auswandernde, bei der sie gegen Uebervortheilung gesichert sind und die sicherste Unterweisung erhalten, gebildet werde, — ist gleichfalls ein Gegenstand der Erwägung.

m) Während in den meisten Fällen die Frühlings-, Sommer- und Herbstmonate, dem Einlieger Gelegenheit zum Verdienst gewähren, fehlt dieses oft gänzlich in den Wintermonaten. Für diese Periode würde also dazu der Staat Veranlassung geben müssen, indem bei Aussetzung einer verhältnißmäßigen Summe, und gegen einen bestimmten Taglohnsatz, öffentliche Arbeiten, z. B. Wegebauten, zur Ausführung gebracht, und solche durch diejenigen Einlieger denen sonstige Erwerbsquellen abgehen, verrichtet würden. —

n) Die invalide gewordenen Personen, Wittwen und verwahrloste Kinder, sind theils dem Mangel preisgegeben, theils werden sie dadurch für die Amtsgemeinde-Kassen eine drückende Last, als sie bisher einzeln beschäftigt, untergebracht, beköstigt und sonstweit unterhalten werden mußten. Den hieraus entstehenden bedeutenden Kosten mögte vielleicht durch Einrichtung von Arbeitshäusern, die zur Aufnahme jener Individuen dienten, abgeholfen werden, — und würde sowohl zur ersten Anlage, als auch zur Unterhaltung nach Verhältniß des Bedürfnisses, aus Staats-Kassen beizutragen sein. —

Schließlich muß hier ausdrücklich wiederholt werden, daß die hier gemachten Vorschläge vorerst nur als Anhaltspunkte behufs reiflicher Erwägung der zu ergreifenden Maaßregeln zu betrachten sind, daß erst nachdem die gutachtlichen Aeußerungen aus allen Aemtern erfolgt sind, davon die Rede sein kann, ob und welche derselben, durch welche Mittel und in welcher Weise, ins Leben treten können.

Wie erwähnt, würde es wünschenswerth sein, wenn sich die Berichterstattungen nicht lediglich über die vorgeschlagenen, sondern auch sonstige Mittel der Abhülfe, welche practisch ausführbar sind, verbreiteten. —

Detmold am 12. August 1849.

Die vom Landtage zur Prüfung des Antrags — Verbesserung der Lage der Einlieger betr. — niedergesetzte Commission.

Die

Die darauf ergangenen gutachtlichen Rückäußerungen der Amtsgemeinderäthe nebst verschiedenen Anlagen, einzelne Vorschläge betreffend, sind von Fürstlicher Regierung dem Vorsitzenden der Commission unterm 2. December v. J. zugestellt und von demselben am 6. December v. J. unter die Mitglieder des Ausschusses in Circulation gesetzt worden.

Dieser Umstand und daß bei dem bedeutenden Umfange des Materials über den zur Berathung vorliegenden Gegenstand, dessen Prüfung Behufs Ermittlung eines entsprechenden Resultats, sehr erschwert wurde, ist, — wie hier in Betreff mehrfacher Anfragen verschiedener Abgeordneten bemerkt werden muß, — die Ursache, weshalb die Commission sich bisher außer Stande befunden hat, den Bericht zu erstatten. —

Im Allgemeinen braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß die Gutachten der Gemeinderäthe in Rücksicht der Vorschläge und etwa zu ergreifenden Maaßregeln, sehr von einander abweichen; was sich schon aus dem Umstande erklärt, daß die Anzahl der Einlieger-Familien in den einzelnen Aemtern und deren Vermögens-Verhältnisse mit Rücksicht auf die ganze Bevölkerung, zu verschieden sind. Denn während von den 8045 Einlieger-Familien, nahe die Hälfte in den Aemtern Schötmar, Derlinghausen und Lage sich befindet, hat davon in einigen Aemtern die Hälfte, in andern der vierte Theil oder weniger, Unterstützung aus den zu Gebote stehenden Mitteln erhalten. Eine genaue vergleichende Zusammenstellung hat sich übrigens aus den Berichten nicht formiren lassen. —

Was nun die von der Commission in Vorschlag gebrachter Mittel, wodurch dem Einliegerstande zu Hülfe zu kommen sei anbelangt, so sprechen sich die Berichte

ad a. in ihrer Mehrheit gegen Aufhebung der s. g. Stolgebühren, da sie solche nicht für drückend halten, aus; und wollen nur den Bedürftigen zu Hülfe kommen; einige erklären nur die Begräbniskosten für sehr lästig, und nur zwei sind für die Aufhebung. —

ad b. Sämmtliche Gutachten sind gegen die unbedingte Aufhebung des zu den Amtsgemeinde-Kassen zu bezahlenden Einliegergeldes und beziehen sich auf frühere dieserhalb erstattete Berichte, auf deren Grund denn auch im Landtagsabschiede vom 9. Januar 1849 zur ersten Proposition sub 2 zur Resolution ertheilt ist, daß auf den damaligen Antrag der Stände, die Aufhebung des Einliegergeldes betreffend um so weniger einzugehen sei, als eine Umgestaltung der Steuer-Versaffung bevorstehe und es nicht minder nothwendig erscheine, der zahlreichen Klasse der Schutz-Verwandten das volle Gemeinde-Bürgerrecht zu verleihen, welchemnächst sie aber auch der Verpflichtung nicht sich entziehen könnten, zu den Gemein-

meinde=Bedürfnissen in einem ihren Steuerkräften entsprechenden Verhältnisse beizutragen. —

ad c. Ist zwar in den meisten Gutachten anerkannt, daß die betreffende Bestimmung der Landgemeinde=Ordnung bezüglich des Vermögensnachweises bei Verheirathungen, vielfach umgangen würden und Täuschung mancherlei Art stattfände, indeß sei das schwer zu verhindern, und müsse auf Beachtung der gesetzlichen Vorschrift strenge gesehen werden, wobei, in einigen Berichten einstweilige Deponirung des vorschriftsmäßigen Vermögens proponirt ist. —

ad d. Indem hier wegen Wiederherstellung der frühern Salzpreise auf die Bescheidung zur eilften Proposition sub 1 im Landtagsabschiede vom 9. Januar 1849 Bezug genommen wird, haben sich zwar verschiedene Gutachten dahin ausgesprochen, daß die Freigebung des Salzhandels ohne Nutzen und kein Bedürfnis sei; dagegen wird solcher in fünf Berichten für wünschenswerth und zweckmäßig erklärt.

ad e. Ist die Errichtung von Unterstützungskassen zur Ueberlassung zinsloser Darlehne besonders für den gewerktreibenden Einlieger, oder bei unverschuldeten Unglücksfällen, allgemein als zweckmäßig und sehr wünschenswerth anerkannt worden. —

ad f. Daß das Vermiethen sehr baufälliger und unzulänglich eingerichteter Wohnungen, bei denen sehr wenig und schlecht gelegenes Gartenland einen Theil der Miethe ausmacht, und wo dieses oft gänzlich fehlt, zur Verarmung der Einliegerfamilie notwendig führen muß, hat nicht bestritten werden können. Nur stimmen die Berichte fast alle darin überein, daß ein Einschreiten des Staats dabei unzulässig erscheine; jedoch wird in einigen vorgeschlagen, daß durch polizeiliche Maaßregeln, namentlich bei neu zu errichtenden Wohnungen, den gerügten Mängeln abgeholfen werden müsse.

ad g. Die Vermehrung und entsprechende Ausdehnung der s. g. Industrieschulen, zur Ertheilung von Unterricht in Handarbeiten, ist allgemein als zweckmäßig und wünschenswerth empfohlen.

ad h. Die Vorschläge zur Ersparung des Brenn=Materials sind zwar in einigen Berichten befürwortet, jedoch auch anderntheils um so mehr für unerheblich erklärt, als die Erledigung des Gegenstandes mehr Privatsache sei.

ad i. Die Bildung von schiedsrichterlichen Commissionen, zur Hälfte aus Colonen, und zur Hälfte aus Einliegern bestehend, Behufs Schlichtung von Streitigkeiten wegen der Mieths=Verhältnisse, ist größtentheils nicht für erforderlich erachtet, da derartige Zwiste zu wenig vorkämen; — nur

in drei Gutachten sind die bezeichneten Commissionen für zweckmäßig gehalten.

ad k. Die Errichtung von Sparkassen, namentlich zum Besten der dienenden Klasse, ist zwar allseitig als durchaus nützlich erklärt, zugleich aber vermeint, daß die vorhandenen genügten, und es nur einer Maafregel bedürfe, wonach mehr als es bei jetziger Einrichtung möglich sei, Gelegenheit gegeben werde, in erleichteter Weise davon Gebrauch machen zu können. —

ad l. Der Ansicht, ob es in Bezug auf Auswanderungen nöthig und nützlich sei, durch eine unter Controlle des Staats stehende Haupt-Agentur die Betheiligten gegen Uebervortheilung u. s. w. zu sichern, ist zwar in den meisten Gutachten als nützlich anerkannt; doch auch theilweise dafür gehalten, daß im Ganzen zu wenig Auswanderungen vorkämen, als daß ein derartiges Institut zur Zeit ein Bedürfniß sei.

ad m. Dem Vorschlage, in den Wintermonaten denjenigen Einliegern, welchen sonstige Erwerbsquellen abgingen, durch öffentliche Arbeiten Verdienst zu verschaffen, ist zwar in mehreren Berichten beigetreten, doch auch die Ansicht geltend gemacht, daß der Ausführung zu erhebliche Schwierigkeiten, namentlich wegen Mangel an Fonds, entgegen ständen. —

ad n. Die Einrichtung von Arbeitshäusern zur Aufnahme invalide gewordener Personen, Wittwen und verwahrloster Kinder, ist fast in allen Gutachten für zu kostspielig, schwierig und unstatthaft erklärt; vielmehr dafür gehalten, daß es angemessener sei, den bezeichneten Individuen bei Privatpersonen Wohnung und Unterhalt zu verschaffen.

Wenngleich nun in dem Aufsatze der Commission der Wunsch ausgesprochen ist, daß sich die Gutachten der Amtsgemeinderäthe nicht allein über die gemachten Vorschläge verbreiten, sondern auch sonstige Mittel zur Abhülfe bezeichnet werden mögten, so ist das doch nur dahin der Fall gewesen, daß in einem Gutachten die Entrichtung der Impfsgebühren, als drückend für die ärmere Klasse bezeichnet und deren Aufhebung empfohlen worden ist, sodann sind in einigen Berichten häufige öffentliche Lustbarkeiten, Schützenfeste u. s. w. als Quellen der Verarmung, gerügt und auf Beschränkung ist aufmerksam gemacht. Vielsach ist im Allgemeinen hervorgehoben, daß für Arbeit gesorgt und den vorhandenen Erwerbsquellen diejenige Unterstützung von Seiten des Staats zu Theil werden möge, welche die Hindernisse beseitigt und deren Aufschwung befördert. —

Auf den Grund des vorstehenden Berichts und der stattgehabten Berathung und Erörterung des Gegenstandes, ist es die Ansicht der Commission, daß zur Zeit in eine specielle Erwägung der in dem Antrage und in diesem

diesem Berichte gemachten Vorschläge, nicht mehr einzugehen sei, und wird proponirt, es möge der Landtag beschließen, folgendes Schreiben an Fürstliche Regierung zu erlassen:

Der durch den Abgeordneten J. Schütz in den Landtag gebrachte Antrag vom 22. Juni v. J.

„die Verbesserung der Lage der Einlieger betreffend“

ist mit Hülfe der durch die Aemter und Amtsgemeinderäthe des Landes abgegebenen Berichte und gutachtlichen Aeußerungen, Gegenstand mehrfacher Berathung gewesen und glaubt der Landtag auf den Grund des durch die niedergesetzte Commission erstatteten Berichts und der eingereichten hier angeschlossenen Petitionen, zur Erreichung der Absicht Fürstlicher Regierung folgende Vorschläge eröffnen, und deren Ausführung empfehlen zu müssen.

1) Scheint das Bedürfniß nach Gartenland in einigen Gegenden des Landes dringend zu sein; weshalb Fürstliche Rentcammer zu disponiren sein würde, von den dazu geeigneten Grundstücken der Meiereien gegen billigen Pachtzins, den angrenzenden Bewohnern das nöthigte Gartenland, und auch fernerhin Grundstücke zum Flachsbau zu überlassen. —

2) Gleichermassen wäre zu dem nämlichen Zwecke die Ausweisung von Forstgründe, welcher sich zu Garten- und Ackerland qualificirt, da wo es das Bedürfniß erheischt, zu befördern.

3) Mögte die Ueberlassung von Brennholz aus den herrschaftlichen Forsten, in einer mehr gleichmäßigen Weise, wie es bis dahin der Fall war und dessen Vertheilung auf den Grund anderweit von den resp. Aemtern, nach Maassgabe des Bedürfnisses aufzunehmenden Listen, zu bewirken sein. —

4) Ist es sehr zu wünschen, daß auf Beförderung des Flachsbauens, der Garn- und Linnenfabrication mit Hülfe von Prämien, Anlegung von Röttegruben etc. und in Bezug auf den Handel durch Mitwirkung Seitens Fürstlicher Regierung zur Eröffnung von Absatzwegen, auch fernerhin möglichst Bedacht genommen werde.

5) Soweit es bestehende Verträge zulassen und im Fall deren Modification, ist auf Ermäßigung der Steuern von den unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen, namentlich des Salzes, hinzuwirken und der Salzhandel, da wo es das Bedürfniß nach dem Gutachten der betreffenden Behörden rathsam macht, nach Maassgabe des Gesetzes vom 23. December 1841 und mit Rücksicht auf die Verordnung vom 15. Februar 1842, freizugeben.

6) Die Vermehrung und zweckmäßige Einrichtung von Spinn- und Industrieschulen, stellt sich als zweckmäßig und folgerich heraus, muß daher beantwortet werden.

7) Da-

7) Dadurch, daß die Hebungsbeamten beauftragt werden, Einlagen zur Sparcasse anzunehmen und zu befördern, würde sich die Zweckmäßigkeit dieses Instituts mehr verbreiten und von erheblichem Nutzen werden, besonders auch für die von Detmold entfernten Landbewohner.

8) die Beiträge zu Kirchen- und Schulbauten nach Maaßgabe der Versicherungssumme der Gebäude, können für den Einlieger sehr drückend werden; bei Ausschreibung solcher Beiträge würden die Bestimmungen in den S. S. 3 und 8 des Gesetzes vom 16. Mai 1827 mehr wie es bis dahin anscheinend geschehen, zur Anwendung zu bringen sein. —

9) In Bezug auf die bauliche Einrichtung der Wohnungen besonders auf dem Lande mögte den betreffenden Behörden die Beachtung der Verordnung vom 27. September 1782 dringend zu empfehlen sein; da schlecht eingerichtete, baufällige Wohnungen für den Einlieger in vielfacher Hinsicht so sehr verderblich werden.

10) Wird Fürstlicher Regierung zur Vollziehung der bezeichneten Vorschläge und Einrichtungen aus Staatsmitteln die Summe von 1000 Rthl. pro 1850 zur Disposition gestellt. —

Der Ausschuß ist darin einig, daß in referirter Weise Seitens des Landtags an Fürstliche Regierung eine Eröffnung erfolgt. —

Von einigen Commissions-Mitgliedern sind noch folgende Ergänzungen in Vorschlag gebracht:

Eine Minorität (Meyer und Schütz) will zu Nr. 4 den Zusatz:

„zu dem nämlichen Zwecke mögte auch die Aufhebung der Webestuhl-Abgabe zu veranlassen sein,“

und Nr. 8 die Eingabe so gefaßt wissen:

„Auf eine Abänderung derjenigen gesetzlichen Vorschrift, nach welcher die Einlieger Beiträge zu Kirchen- und Schulbauten nach Maaßgabe der Versicherungssumme der Gebäude, welche sie bewohnen, zu entrichten haben, mögte Bedacht zu nehmen sein. Es dürfte sich empfehlen, daß die Kosten der Neubauten gesetzlich von dem Eigenthümer der Gebäude getragen werde.“

Die nämliche Minorität will ferner aufgenommen wissen:

11) Die Aufhebung der Stolgebühren, namentlich für Begräbniß, sowie die Impfgeld, stellt sich als angemessen heraus, und würde in Erwägung zu ziehen und von Fürstlicher Regierung Vorschläge in welcher Weise darauf hinzuwirken ist, zu gesehn sein.

Endlich bringt eine Minorität des Ausschusses (Schütz, Petri II., Stückmann, Oberbracht, welcher der -Abg. Meyer deshalb nicht beigetreten

ten ist, weil er den Gegenstand durch den Beschluß des Landtags über S. 20 des Gesetzes betr.: „Gemeinheitstheilungen“, für erledigt hält,) in Vorschlag:

12) Da der Landesherrschaft das Obereigenthum an den Gemeinheiten des platten Landes zustehn möchte oder doch für dasselbe eben so viel Gründe sprechen, wie für das Eigenthum der Gemeinheitsgenossen, und da die Einlieger wenn auch kein Recht, doch die thatsächliche Mitbenutzung haben, die ihnen bei einer Theilung verloren geht, so erscheint es rechtlich zulässig und angemessen, wenn Fürstliche Regierung die Erlaubniß zu Gemeinheitstheilungen nur dann ertheilen und nur dann auf jene Rechte des Obereigenthums verzichten wollte, wenn die Hudegenossen dagegen in angemessener Weise Fürsorge für ihre Einlieger treffen.

Ob nun in vorgeschlagener Weise, und in Rücksicht der Minoritäts-
Erachten mit welchen Zusätzen und Abänderungen, die Eingabe an Fürstliche Regierung erfolge, wird zur Entscheidung des Landtages verstellt.

Der besondere Druck des Berichts ist nicht nöthig erachtet.

Detmold am 25. Febr. 1850.

Der Ausschuss.

v. Cölln. Oberbracht. Althof. Stuckmann. Meyer.
Petri I. Petri II. J. Schütz.

18

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich
entstandenen literarischen Werke, die sich mit der Geschichte der
Kunst beschäftigen, sind in der Regel in zwei Kategorien zu unter-
teilen: die eine Kategorie enthält die Werke, die sich mit der
Geschichte der Kunst in der Vergangenheit beschäftigen, die andere
Kategorie enthält die Werke, die sich mit der Geschichte der Kunst
in der Gegenwart beschäftigen.

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich
entstandenen literarischen Werke, die sich mit der Geschichte der
Kunst beschäftigen, sind in der Regel in zwei Kategorien zu unter-
teilen: die eine Kategorie enthält die Werke, die sich mit der
Geschichte der Kunst in der Vergangenheit beschäftigen, die andere
Kategorie enthält die Werke, die sich mit der Geschichte der Kunst
in der Gegenwart beschäftigen.

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich
entstandenen literarischen Werke, die sich mit der Geschichte der
Kunst beschäftigen, sind in der Regel in zwei Kategorien zu unter-
teilen: die eine Kategorie enthält die Werke, die sich mit der
Geschichte der Kunst in der Vergangenheit beschäftigen, die andere
Kategorie enthält die Werke, die sich mit der Geschichte der Kunst
in der Gegenwart beschäftigen.

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich
entstandenen literarischen Werke, die sich mit der Geschichte der
Kunst beschäftigen, sind in der Regel in zwei Kategorien zu unter-
teilen: die eine Kategorie enthält die Werke, die sich mit der
Geschichte der Kunst in der Vergangenheit beschäftigen, die andere
Kategorie enthält die Werke, die sich mit der Geschichte der Kunst
in der Gegenwart beschäftigen.

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich
entstandenen literarischen Werke, die sich mit der Geschichte der
Kunst beschäftigen, sind in der Regel in zwei Kategorien zu unter-
teilen: die eine Kategorie enthält die Werke, die sich mit der
Geschichte der Kunst in der Vergangenheit beschäftigen, die andere
Kategorie enthält die Werke, die sich mit der Geschichte der Kunst
in der Gegenwart beschäftigen.

A n t r a g.

Der §. 17 (147.) der Grundrechte schreibt vor:

„Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.“

Es gibt mithin keine herrschende und ihr gegenüber keine gedrückte Kirche (*ecclesia pressa*) mehr im Staate.

Dagegen verstößt es aber ganz, wenn unter den reformirten, lutherischen und katholischen Gemeinden, Verhältnisse fortbestehen, welche lediglich Ausfluß des confessionellen Pfarrzwangs sind; so z. B. in Detmold die Zahlung von Stolgebühren und kirchlicher Bau- und Reparaturkosten, an die Reformirten, Seitens derjenigen Einwohner, welche sich nicht zur reformirten, sondern zur lutherischen Gemeinde halten, und gleiche oder ähnliche Zahlungen in Lemgo an die Lutheraner Seitens derjenigen Einwohner daselbst, welche Mitglieder der reformirten oder katholischen Gemeinde sind.

Der Landtag beschließe daher:

der Pfarrzwang zwischen Reformirten, Lutheranern und Katholiken ist aufgehoben.

Detmold den 25. Februar 1850.

Althof.

B e r i c h t

der Hude-Ablösungscommission

über eine Petition der Alverdiffer Einlieger, wegen Theilung der dortigen Gemeinheiten.

Die 77 Bürger des Fleckens Alverdissen haben laut amtlichen Protocolls vom 24. März 1849, durch Stimmenmehrheit die Theilung einiger bei Alverdissen belegenen Gemeinheitsplätze beschlossen. Fürstliche Regierung hat auf amtlichen Bericht, schon unterm 8. Mai 1849, die Theilung genehmigt, diese ist aber noch nicht zur Ausführung gekommen, weil über den Umfang der Berechtigungen einzelner Interessenten unter diesen selbst ein Rechtsstreit ausgebrochen ist. Nunmehr stellen in der hier eingegangenen Bittschrift 48 Häuslinge und Einlieger des Fleckens Alverdissen vor, daß sie sich bisher wegen Benutzung der fraglichen Gemeinheitsplätze mit den Bürgern sehr gut vertragen haben, daß man sie aber jetzt, wo so vielen Menschen die Köpfe verwirrt sein, von den Gemeinheitsplätzen verdrängen und diese theilen wolle. Sie seien aber auf denselben ebensowohl berechtigt, wie die Bürger und eine Theilung könne nur mit ihrer Zustimmung geschehn; außerdem sei dieselbe, wie sie nachzuweisen suchen, gegen das gemeine Beste, weßwegen dann der Landtag gebeten wird, bei Fürstlicher Regierung sich dahin zu verwenden, daß die Theilung unterbleibe.

Diesem Antrage kann nach Ansicht der Commission nicht stattgegeben werden, weil die Theilung schon genehmigt ist. Es bleibt den Bittstellern nichts übrig, als in dem auf den 6. März anberaumten Professionstermine ihre vermeintlichen Rechtsansprüche geltend zu machen.

Die Commission beantragt

in Erwägung dieses Umstandes über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Der besondere Druck dieses Berichts ist nicht nöthig erachtet.

Petri II. Berichterstatter. J. Schück. Meyer. Stuckmann.
Klocke. Oberbracht. Schierenberg.

Stille 1853 von Hermann von 25. Februar 1850

1853

1853

1853

1853